



Medium Handelsblatt Online

Thema Energiepreise

Ausgabe 21.09.2022

ENERGIEKRISE

## „Der Staat belastet uns“ – Wirtschaft pocht auf Abschaffung der Gasumlage

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will an der Gasumlage festhalten. Aus Sicht der Wirtschaft ist das ein Fehler. Unternehmen befürchten immense Kosten.

**Berlin.** Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will die Gasumlage einführen. Am Mittwoch sagte er, er habe eine rechtssichere Lösung zur Behebung der kritisierten handwerklichen Fehler gefunden. Es sei ein Weg gefunden worden, Trittbrettfahrer abzuschütteln.

Aus Sicht von Industrie und Mittelstand ist die Entscheidung falsch. Sie argumentieren, die Gasumlage mache alle Entlastungen der Bundesregierung für die Wirtschaft zunichte und beschädige die Unternehmen in ihrer Substanz.

Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik, mahnt: „Wir benötigen schnell wirksame Entlastungen bei den Energiepreisen. Die Gasumlage muss sofort gestoppt werden.“

Sie führe bei den Unternehmen zu einem weiteren Kostenschub. Rückmeldungen aus den Familienunternehmen zeigten, dass die Hilfsprogramme der Bundesregierung viel zu klein dimensioniert seien. „Selbst Unternehmen, die Anträge für das Energiekostendämpfungsprogramm gestellt haben, werden nicht entlastet“, sagte Kirchdörfer. Die finanziellen Hilfen seien in den meisten Fällen geringer als die Mehrbelastung durch die Gasumlage.



Das Energiekostendämpfungsprogramm (EKDP) gehört zu den zentralen Instrumenten, mit denen die Bundesregierung die Belastungen durch die hohen Strom- und Gaspreise reduzieren will. Doch das Programm wiegt die Belastungen, die durch die Gasumlage entstehen, nicht auf.

### Ein Fallbeispiel aus der Industrie


Der Vertreter eines Industrieunternehmens mit 4000 Mitarbeitenden und einem Umsatz von 330 Millionen Euro, der namentlich nicht genannt werden möchte, rechnet vor: Er stelle sich im Vergleich zu 2019 auf eine Versechsfachung der Energiekosten von elf auf 60 bis 70 Millionen Euro im Jahr 2023 ein.

Im Vergleich von 2019 zu 2022 seien die Energiekosten bereits um den Faktor drei höher. Aus dem EKDP erhält das Unternehmen den Angaben zufolge für den aktuellen Förderzeitraum Februar 2022 bis September 2022 eine Förderung von 300.000 Euro als Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten.

Gleichzeitig wird aber die Gasumlage eingeführt, die nach Angaben des Unternehmensvertreters in der aktuellen Höhe pro Jahr Mehrkosten von rund vier Millionen Euro verursacht. „Der Staat hat uns also nicht entlastet, sondern stattdessen zusätzlich belastet“, klagt der Unternehmensvertreter.

Unisono klagen Unternehmensvertreter, sie würden mit den drastisch gestiegenen Energiekosten im Regen stehen gelassen. Die Gefahr einer Deindustrialisierung erscheine vor diesem Hintergrund so groß wie nie zuvor.

Besonders betroffen sind energieintensive Industriebranchen, aber selbst Handwerksbetriebe wie etwa Bäckereien. Die Gasumlage nehmen die Unternehmen als extreme zusätzliche Belastung wahr. Sie müsse „dringend überdacht und aus dem Bundeshaushalt mitfinanziert werden“, heißt es etwa in einem kürzlich veröffentlichten Positionspapier des Verbands der Chemischen Industrie (VCI). In Not geratene marktrelevante Gasversorger sollten „zielgerichtet und temporär mit Staatsbeteiligungen gestützt werden“.

Tatsächlich nimmt die Bundesregierung mit der geplanten Uniper -Verstaatlichung Kurs auf diese Lösung. Die Gasumlage soll aber erhalten bleiben.



## Zweifel an der Gasumlage

Aus Sicht der Stiftung Familienunternehmen ist jedoch eine rasche Streichung der Gasumlage geboten. „Wir benötigen dringend Maßnahmen, damit die Unternehmen in Deutschland zu international wettbewerbsfähigen Preisen produzieren können“, sagte Kirchdörfer.

Auch Juristen melden Zweifel an der Gasumlage an. Ob die Gasumlage einer verfassungsrechtlichen Prüfung standhalten würde, steht nach Ansicht des Heidelberger Verfassungsrechtlers Hanno Kube nicht fest.

„In der aktuellen Lage scheint zunehmend deutlich zu werden, dass andere Formen der staatlichen Unterstützung geboten sind, seien es direkte Zuschüsse oder sogar eine Verstaatlichung“, sagte Kube dem Handelsblatt. Nach Meinung des Experten für die Finanzverfassung zieht die neue Lage die „Verhältnismäßigkeit der Gasumlage in Zweifel“.

Auch Habeck sieht dieses Problem. Daher laufe in den entsprechenden Ressorts der Bundesregierung eine finanzverfassungsrechtliche Prüfung, sagte Habeck am Dienstag. Zugleich sagte er, sein Haus habe Nachbesserungen an der Gasumlage in die Ressortabstimmung gegeben.

Habeck war kritisiert worden, weil die Gasumlage auch solchen Unternehmen zugute kommen kann, die zuletzt hohe Gewinne geschrieben haben. Die Gasumlage soll bei allen Gasverbrauchern erhoben werden, um damit Gasimporteure zu unterstützen, die die stark gestiegenen Gasbeschaffungskosten nicht mehr stemmen können.